



Büchsenhändler Abonnementssatz in Breslau 2 Thlr. außerhalb inkl.
Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Inserionsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Seite in Beihälfte 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 583. Mittag-Ausgabe.

Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 13. Dezember 1866.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

41. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 11. Dezember. (Abend-Sitzung.)

Wiedereröffnung 7½ Uhr. Am Ministerium v. d. Heidt und mehrere

Commissionare.

Lagesordnung: Post-, Gesellschafts- und Zeitungsverwaltung. Es liegen dazu vor die Anträge der Abg. v. Bonin: Die königl. Staatsregierung aufzufordern, die Befestigung des Bestellgeldes für die amtliche Correspondenz innerhalb der Kreise herbeizuführen; v. Kleinjorgen: die königl. Staatsregierung aufzufordern, die möglichste Gleichstellung der Landbedienstung mit den Bewohnern der Städte dadurch herzustellen, daß spätestens vom 1. Januar 1868 ab das Bestellgeld für Briefe und Zeitungen auf dem Lande aufgehoben wird oder wenigstens das Bestellgeld darauf herabgesetzt wird, daß überall gleichmäßig im Staate der bisher schon districtiv eingeführte niedrigste Satz erhoben wird, und daß auch dieser niedrigste Satz baldmöglichst herabgesetzt werde; Hoffmann (Jüterbog): das Landbriefbestellgeld aufzuheben; Meulenberg: die Portofreiheit für Soldatenbriefe dahin zu erweitern, daß auch Geldbrieve und Pakete an Soldaten und Briefe von Soldaten an ihre Angehörigen frei befördert werden; Glaser: Die Befreiung über die Einnahme auszusezen bis nach Berathung des Gesetzentwurfs über das Briefporto.

Reg.-Commissar v. Philippsborn geht den vorliegenden Etat eingehend durch. Die Einnahmen und also auch die zu erwartenden Steigerungen sind nach den bisherigen bewährten Grundlagen veranschlagt worden. Im Allgemeinen ist der Verkehr im Steigen; auch das Personengeld ist noch im Zunehmen; der Personenverkehr mit der Post beträgt jetzt jährlich ungefähr 4 Millionen und wächst noch immer, obwohl die Poststreifen sich immer mehr verringern. Die Mehreinnahmen vom Bestellgeld im Oste erwachsen nur in größeren Städten; dagegen hat das Bestellgeld für Landbriefe die fröhliche Höhe noch nicht erreicht wegen der Heraufsetzung auf 6 Pf. und der Freigabe der portofreien Zustellung Sachen. In der Einnahme für die Gesellschafts- und Zeitungen sind 7000 Thlr. mehr veranschlagt. Über die Zahl der Zeitungen bemerkte ich, daß, wenn jedes einzelne Exemplar pro Tag als 1 Zeitung gerechnet wird, gegenwärtig ca. 81 Millionen verbandt werden. In den dauernden Ausgaben beruhen alle Mehraufzüge auf der gesteigerten Entwicklung und Ausdehnung des Postwesens. Die Zahl der Unterbeamten ist gestiegen, die Dotirung derselben verbessert, weil sie durch älteren Nachtritt in Anspruch genommen werden. Für die Landbriefträger sind 45.000 Thlr. mehr angesezt zur Errichtung von 225 neuen Stellen und zur Aufbesserung der vorhandenen. Bündist mußte jedoch im Interesse des Verkehrs dafür gesorgt werden, daß überall Verbindungen hergestellt und dagegen der Lohn nur so hoch bemessen werde, als es nötig ist, um zuverlässige Personen dafür zu gewinnen. — Die Leistung der Pferde hat im Verhältnis zu den Mehrkosten genommen.

Zum ersten Male figurirten auf dem Etat die Ausgaben für das Post-Abwechslungs-Bureau, um in allen Verhältnissen dem Auslande gegenüber genau instruiert zu sein, und das Control-Bureau für Postanweisungen. Der Umsatz durch letztere betrug im laufenden Jahre 75 Millionen. Durchschnittlich kommen auf 14 Thlr. 5 Sgr. Gebühren. Über den Erfolg der kürzlich vorgenommenen Erhöhung der Gebühren läßt sich noch kein Urteil abgeben. In kurzer Zeit stehen wieder Veränderungen bevor, da auch der Verkehr eröffnet werden soll zwischen Preußen und dem bisherigen Königreich Hannover, Bremen und Hamburg. Die bisherigen Leistungen des Control-Bureau's sind durchaus befriedigend, da die Balancen bis jetzt stets auf Heller und Pfennig gestimmt haben. — Die weiteren Mehraufzüge sind insgesamt durch Vermehrung der Kräfte bedingt. — Die Ansätze in Extraordinarien sollen zur Vollendung eines neuen Postgebäudes in Elberfeld und zu anderen Bauten dienen. Ich bitte Sie, den Etat zu genehmigen. (Beifall.)

Der Präsident eröffnet die General-Discussion und erhielt das Wort dem Abg. Dr. Becker: Es gibt wohl keinen Zweig der Staatsverwaltung, wo der politische Parteigeist so wenig mitspricht, als auf dem vorliegenden. Wir Alle sind einverstanden in der Anerkennung und dem Lobe der Postverwaltung, und ich kann es wohl aussprechen, daß von sämtlichen Postverwaltungen, die ich kennen zu lernen Gelegenheit gehabt habe, keine das leitet, was die in Preußen. Wenn nun trotzdem von Seiten der Landesvertretung hier Wünsche geltend gemacht und Klagen laut werden, so liegt der Gegstand derselben weniger in der Technik, in dem eigentlichen Betriebe der Post, als in den Anforderungen, welche der Herr Finanzminister an dieselbe macht. Für das Jahr 1867 ist eine Mindesteinnahme gegen das Vorjahr von 150.000 Thlrn. in Aussicht genommen wegen der beabsichtigten Erhöhung des Briefporto's. Aber auch dann noch ist der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben auf 1½ Million geschäkt, und gerade die Postverwaltung ist derjenige Zweig, in welchem am allermeisten die Voranschläge durch die Einnahmen überschritten werden. Den Beschwerden gegenüber, welche daher hier gemacht werden, sagt die Finanzverwaltung: wir können keine weiteren Erleichterungen eintreten lassen, weil wir überhaupt schon das Porto um 1 Sgr. herabgesetzt haben. Ich bemerkte dazu, daß noch nie die Einnahmen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind, daß es wohl aber schon Jahre gegeben hat, wo der leichtere um eine Million überschritten wurde. Ich gebe darauf jedoch nicht weiter ein, weil die Staatsregierung ja eine Vorlage über die Erhöhung des Porto's gemacht hat, und bei Berathung derselben sich Gelegenheit zu weiteren Ausstellungen bieten wird. Vorläufig behalte ich mir das Wort zur Specialabstimmung vor.

Abg. v. Eynern: Ich beabsichtige, die Anfrage an die Staatsregierung zu richten, warum die Postverwaltung sich veranlaßt gesehen hat, die Gebühren für die Postanweisungen auf das Doppelte zu erhöhen und zugleich die Bitte daran zu knüpfen, diese Erhöhung wieder zurückzunehmen. Theilweise hat der Herr General-Post-Director diese Frage schon beantwortet. Die Einrichtung der Postanweisungen war eine sehr wohlthätige sowohl für das handelnde Gewerbe, wie für das Publikum überhaupt; es wurde deshalb jogglich ein sehr großer Gebrauch von denselben gemacht. Die Einnahmen der Verwaltung haben sich im Jahre 1865 von 52 auf 57 Millionen vermehrt. Die Erhöhung des Porto's jedoch für diese Anweisungen machte die fröhre Wohlthat gewissermaßen wieder illusorisch. Die Gründe, die dazu geführt haben, hat der Herr Post-Director schon angeführt, und ich freue mich, daß sie vorübergehender Natur sind. Finanzieller Natur können sie unmöglich sein, denn es muß ja diese Portoerhöhung eine Verminderung der Einnahmen im Allgemeinen zur Folge haben, zumal die Einführung der Postanweisungen eine Vermehrung der Briefpostagenturstandorte überhaupt mit sich führte. Ich glaube im Gegenteil, daß die Wiedereinführung des früheren Postosakes die finanzielle Einnahme der Postverwaltung in großem Maßstabe erhöhen würde. Jetzt ist das Porto so groß, daß bei kleinen Einzahlungen beinahe gar nicht mehr profitiert werden kann, namentlich bei kleineren Entfernungen, und wir gerade dieser Punkt davon getroffen wird, geht aus der uns gemachten Mittheilung hervor, daß die Durchschnittshöhe der Einzahlungen sich auf 14 Thaler belief. Ich bitte daher den Herrn General-Post-Director recht bald wieder für eine Berathung des jetzigen Sakes zu sorgen.

Abg. Michaelis: Der letzten Bemerkung kann ich mich nur vollständig anschließen. Auch ich habe die erwähnte Erhöhung bedauert; denn ein erleichterter Geldverkehr ist eine Erleichterung, der Abwicklung und wirkt dadurch ebenso produktiv als ein erleichterter Briefverkehr. Noch mehr aber muß ich es belassen, daß bei der Aufzählung derjenigen Länder seitens des Herrn Regierungs-Commissarius, in denen unsere ausgezeichnete Postverwaltung mit Beginn des nächsten Jahres eingeführt werden soll, weder Kurhessen noch Nassau genannt wurden. Es besteht in diesen Ländern, so viel ich weiß, bis jetzt die Thurn- und Taxis'sche Postverwaltung. Was das heißt im Gegen-lage zur preußischen, werden alle diejenigen wissen, die eine Zeit lang in Süddeutschland gelebt haben (Befürchtung), und ich glaube die Sympathien in den neuworbenen Ländern werden um so eher erworben werden, die eher sie an einer geregelten Postverwaltung Theil haben. Ich halte es daher an der Zeit, einmal anzutragen, wie es mit der Übernahme dieser Verwaltung steht und wie lange man noch die Thurn- und Taxis'sche Verwaltung bestehen lassen wird. Es kommen in dieser Verwaltung Dinge vor, die so sonderbar sind, daß ich Anstand nehme, dieselben mitzuteilen, weil sie zu unglaublich erscheinen würden. So hat man mir beispielshalber erzählt, daß Briefe, welche nach irgend einem kleinen Theile Nassau's gehen, immer einen kleinen

Abschluß nach Wiesbaden machen und in Folge dessen immer um einige Stunden verspätet an ihrem Bestimmungsorte ankommen. Ich erlaube mir daher die Anfrage an die königliche Staatsregierung, wie es mit dieser Übernahme steht.

Reg.-Commissar v. Philippsborn: Vom 1. Januar nächsten Jahres ab wird in Hannover die preußische Postverwaltung eingeführt werden. Die Übernahme derselben in Hessen, Frankfurt und Nassau hängt zusammen und ist abhängig von Verhandlungen mit dem Hause Taxis. Bevor diese Verhandlungen begonnen werden konnten, bedurfte es sorgfältiger Erwagungen rechtlicher wie finanzieller Natur. Die Regierung ist aber eifrig mit der Sache beschäftigt und wird ihrerseits Alles dazu beitragen, daß die Regelung dieser Angelegenheit beschleunigt wird.

Die Generals-Discussion wird darauf geschlossen und zur Special-Discussion übergegangen. Es erhält das Wort zu Titel 1 (Freimärkte, Francouverts und Porto).

Abg. Dr. Becker: Nachdem die Regierung selbst vorgeschlagen hat, den Porto für Briefe auf Entfernungen bis 20 Meilen auf 1 Sgr. herabzuziehen, glaube ich, wird es an der Zeit sein, an eine gleiche Portoerhöhung in Stadtpostbriefe zu denken. Gerade in dieser Hinsicht besitzt die Taxis'sche Verwaltung einen Vortzug; ein solcher Brief kostet da nur 1 Kreuzer. Ferner bestehen große Klagen im Gewerbestand über das Porto, welches von Kreuzbandsendungen erhoben wird. Dasselbe muß entweder herabgesetzt oder das zulässige Gewicht für eine einfache Kreuzbandsendung erhöht werden. Beide empfehlen sich beides. In Österreich sind Kreuzbandsendungen viel wohlfleißer. Da bei uns außerdem dazu kommt, daß 2½ Pf. der Minimalsatz für den Verkehr mit dem Auslande ist, so kommen wir zu der monströsen Erhöhung, daß z. B. dieselbe Sendung, für die vor hier bis Charlottenburg 1 Sgr. Porto entrichtet werden muß, für die Strecke von hier bis Moskau nur 6 Pf. Porto gebührt erforderlich.

Reg.-Commissar v. Philippsborn: Der Tarif für die Bestellungen von Briefen im Orte wird voraussichtlich keine Änderung erfahren. Die Bruttoeinnahme auf diesem Gebiete hat im letzten Jahre 95.000 Thlr. bestritten. Wenn die Erhöhung des bisherigen Postosakes auf die Hälfte eintreten sollte, so würde dies zwar eine sehr große Vermehrung der Briefe zur Folge haben und wahrscheinlich auch die alte Bruttoeinnahme erreicht werden, aber es würde zugleich damit eine ganz unverhältnismäßige Steigerung der Arbeit der Postverwaltung verbunden sein. — Was die Gebühren für Kreuzbandsendungen betrifft, so bemerkte ich, daß das Porto für den Einheits-Gewichtsatz in nicht zu langer Zeit auf 4 Pfennige abgeändert werden soll. Der kleine Gebührenzettel für den Verkehr mit fremden Staaten beruht häufig auf internationalen Verträgen und hat zugestanden werden müssen, um dafür andere ganz unverhältnismäßige Portoer zu erlangen.

Abg. Dr. Jübel: Eine Heraufsetzung des Portos für Stadt-Post-Briefe würde für das Staatsinteresse nur vortheilhaft sein; die Taxis'sche Verwaltung sei in dieser Beziehung ein Muster.

Reg.-Commissar v. Philippsborn: Da wiederholt darauf hingewiesen ist, daß in den jetzt neuworbenen Staaten ein niedrigerer Satz für Stadt-Briefe besteht, so will ich doch anführen, daß in allen diesen Staaten bei Weitem nicht so präzise und schnelle Beförderung möglich machende Einrichtungen bestehen als bei uns. Wir haben täglich eine zwölftägige Ausgabe dieser Briefe. Dazu kommt, daß gerade in großen Städten für die Bestellung solcher Briefe ungleichmäßig höher belastete Unterbeamte angestellt werden müssen. Ich beweise, ob Beides in Frankfurt a. M. z. B. in solchem Grade der Fall ist, wie hier in Berlin.

Abg. Meulenberg erklärt unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses, daß das „Gewicht“ in Alinea 3 seines Antrages sich blos auf Wurst und Brot und nicht auf die Soldaten beziehe.

Reg.-Commissar v. Philippsborn: Die Staatsregierung muß sich gegen diesen Antrag erklären. Es werden nach der jeweiligen Einrichtung portofrei befördert die gewöhnlichen Briefe an die gemeinen Soldaten bis zu einem Gewicht von 4 Pf., mit ermäßigtem Porto Geldbriefe bis zu 20 Thalern und Pakete bis zu einem Gewicht von 20 Pfund. Zunächst kann nun die Postverwaltung kein Bedürfnis anerkennen, auch die Briefe von Soldaten an ihre Angehörigen portofrei zu besorgen, schon darum, weil gar nicht zu übersehen ist, welche Briefe dann unter dieser Firma gehen würden. Sodann aber ist das jetzt bestehende ermäßigte Porto für Pakete an die Soldaten der niedrigste Satz, der überhaupt für derartige Sendungen angezeigt werden kann; die vollständige Freigabe würde die praktische Folge haben, daß die aller-gleichgültigsten Dinge, die im Haushalte übrig bleiben, eingepackt und an die Soldaten gesandt würden. Das Geldporto endlich ist nur darauf berechnet, die Selbstosten einigermaßen zu decken und zugleich zu verhüten, daß nicht unter dem Schutz des modernen Portos auch andere Geldsendungen abgeschickt werden.

Abg. Dr. Becker: Der Herr Commissarius sagt, es sei nicht wünschenswert, daß der Stadtpostbrief-Verkehr sich steigere. Dann befindet sich aber die Postverwaltung in grobem Widerspruch mit sich selber, da nach der jüngsten Einrichtung Stadtpostbriefe, in größerer Anzahl aufgegeben, zum halben Satz befördert werden.

Titel 1—3 werden darauf angenommen, nachdem Abg. Meulenberg seinen Antrag zurückgezogen.

Bei Tit. 4 beantragt Abg. Hoffmann (Jüterbog) den von ihm hiezu gestellten Antrag, wie die der Abg. Kleinjorgen und v. Bonin, welche sämmtlich die Heraufsetzung des Landbrief-Bestellgeldes befreuen, der Commission für Handel und Gewerbe zur Berathung zu überweisen.

Die Abg. Läster, Tweten und v. Winck (Hagen) halten diesen Antrag für geschäftsmäßig unzulässig.

Der letzte Antrag des Abg. Hoffmann wird abgelehnt.

Abg. v. Kleinjorgen: Die Postverwaltung sei ein Monopol des Staates und die freie Concurrenz ausgeschlossen; man dürfe deshalb den Interessenten die Sache nicht so sehr vertheuen; der Überbrück der Postverwaltung sei ein sehr bedeutend; es sei jedenfalls nicht ihr Hauptzweck ein Geschäft zu machen. Die ungleichmäßige Behandlung des Landes gegen die Städte sei nicht ge rechtfertigt.

Reg.-Commissar v. Philippsborn erklärt, daß die Bestellung der Landbriefe kein Monopol des Staates und daß eine Erhöhung des Bestellgeldes in den letzten Jahren herbeigeführt worden sei. Die Regierung sei jedoch nicht in der Lage, in der nächsten Zeit eine weitere Erhöhung oder gar eine Aufhebung derselben einzutreten lassen zu können.

Abg. Graf zu Cullenburg: Ich halte es für gut, darauf hinzuweisen, ob die Möglichkeit vorhanden ist, vorliegendem Antrage zu willfahren oder ob nicht etwa die damit verbundenen Opfer zu groß sind. Die Kosten, welche die Landbriefbestellung erfordert, belaufen sich auf 738.600 Thlr., die Einnahmen dafür betragen nur 473.500 Thlr., es ist also ein Zufluss nötig von 250.100 Thlr. Außer diesem Zufluss müsste der Staat nach Aufzehrung des Bestellgeldes auch jene bisherige Einnahme zuschieben; das würde aber das Budget doch zu sehr belasten. Trotzdem halte ich es für angemessen, daß wir alle Jahre wieder den Wunsch aussprechen, daß dies Bestellgeld allmälig aufgehoben wird. Der Antrag des Abg. v. Kleinjorgen geht also zu weit, auch weil er einen Termin fixirt. Der Antrag des Abg. v. Bonin dagegen ist mir zu eng und ich bin auch gegen diesen, weil es scheinen könnte, als wolle uns damit begnügen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kleinjorgen: Die Rechnung des Herrn Vorredners stimmt nicht ganz. Bei den 473.500 Thlr. Einnahme müssen ca. 173.500 Thlr. für Postbestellung in Abrechnung kommen.

Die Discussion wird geschlossen, der Antrag v. Kleinjorgen angenommen, der v. Bonin ist damit erledigt. Tit. 4, 5, 6, 7, werden ohne Widerspruch genehmigt. Zu Tit. 8 erhält das Wort Abg. Becker: Bei der Berechnung der Postprovision scheinen mit die wissenschaftlichen Journale, welche ihrer Natur nach viel teurer sind und sein müssen, als die Beiträge und Anzeige-Blätter, und wöchentlich nur einmal erscheinen, sehr schlecht zu fahren. Ferner scheint es mir unbillig, daß die Stadt-Postexpeditionen hier in Berlin keine Bestellungen auf Zeitungen annehmen und daß hier die Briefträger nicht wie anderswo die Zeitungen austragen.

Reg.-Commissar v. Philippsborn: Die Erhebung der Provisions-Gebühren für wissenschaftliche Journale wird einer Modification unterworfen werden; auch durch Erhöhung des einfachen Gewichtes bei Kreuzband-Sendungen wird eine Erleichterung eintreten. Was den zweiten Punkt betrifft, so wird sich das machen lassen, der Wunsch war bis jetzt nicht bekannt. Die

Briefträger würden auch hier die Zeitungen austragen, wenn nicht gerade hier die Erfahrung vorläge, daß dabei die Abonnenten sehr schlecht fahren, weil die Briefträger in den Morgenstunden durch Beförderung der Correspondenzen, die mit den Bahnzügen eintreffen, ungeheuer in Anspruch genommen sind. Auch die dann nötige Vermehrung der Briefträger wäre nicht wünschenswert.

Tit. 8 wird genehmigt. — Zu den fortlaufenden Ausgaben spricht

Abg. Bassenge: Es fällt mir nicht ein, einen Ladel gegen die Postverwaltung auszusprechen, sondern ich wollte nur in Betreff der 575 Postboten erwähnen, daß ihre Stellung doch sehr schlecht ist. Das Gehalt reicht kaum zur Fristung des Lebens hin, sie stehen auf contractlicher Kündigung und sind nicht unter den Unterbeamten, ihr welche eine Gehaltsverbesserung in Aussicht genommen ist. Ein Postbote hat täglich eine Tour von über 4 Meilen zwei Mal hin und zurück zu machen, ist contractlich verpflichtet, bis 80 Pf. Gedächtnis mitzunehmen und die Utenstellen dazu selbst zu beschaffen und von Früh ½ bis Abends 8 Uhr im Dienst zu sein. Dafür erhält er denn 12½ Thlr. monatlich. Es bleibt ihm davon natürlich nichts, als daß nachts Leben und für's Alter Krankheit. Ein Postbote schreibt selbst darüber: „jeder Straßling, jedes Zugthier hat Sonntags seine Ruhe, nur der Postbote nicht, der dumpe, wie ein Postpferd, nie den Gedanken aufzukommen lassen darf: ich bin ein Mensch und habe auch Anforderungen der Kirche zu erfüllen.“ Ich appelliere an die Humanität des Herrn Oberpostdirectors für jene Leute, deren Stellung ja doch sehr wichtig ist, da schließlich doch jeder Brief und jedes Paket durch ihre Hand geht.

Reg.-Commissar v. Philippsborn: Ich habe schon vorhin zu erkennen gegeben, wie gern ich bereit bin, das Los dieser Leute zu verbessern. Zwischen den Postanstalten existieren fabriks, Reits- und Briefposten, und wo der Verkehr nicht bedeutend genug ist, tragen Briefträger verschlossene Briefbeutel in verschlossenen Taschen aus. Diese Einrichtungen richten sich nur nach dem Bedürfnis, sind deswegen dem grössten Wechsel unterworfen und können nicht einsatzfähig stützen werden. Sie werden nach Meilengeldern gelöhnt, welche nach dem Verkehr wachsen oder abnehmen.

Ohne Widerspruch werden genehmigt Tit. 1—9. Zu Tit. 10 spricht

Abg. Becker den Wunsch aus, daß künftig die großen Städte nicht allein bevorzugt, sondern auch auf andere Rücksicht genommen werden. — Zu Tit. 11 spricht

Abg. Hummel den Wunsch aus, daß auch den Postexpedienten Pensionsberechtigung gegeben werde. — Abg. Berger (Solingen) bittet diese Stellen überhaupt aufzubessern und namentlich in den größeren Städten auch Localzulagen zu gewähren.

Der ganze übrige Theil des Etats wird ohne Widerspruch erledigt. — Schluz 9¾ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr.

42. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Die Tribünen sind schwach besetzt. Die Bänke des Hauses füllen sich nach und nach. Am Ministerium: Graf Ihenplis und mehrere Commissare.

Präsident v. Forckenbeck lädt den von den Abg. Michaelis (Stettin) und Krieger (Berlin) eingebrachten Gesetzentwurf, betr. den Gewerbebetrieb der Versicherungsbeamten, vorlesen; auf

und gleichviel durch welche Compagnie der Verkehr besorgt wird und auf welchem Wege die Depeschen nach England gelangen, — der Preis ist immer dasselbe. In Folge der großen Ereignisse dieses Sommers werden gleichwohl noch Erleichterungen des Verkehrs eintreten, da jetzt eine direkte Verbindung mit England von dem nunmehr preußischen Theile der Nordseestüfe aus eintreten kann.

Der ganze Etat wird ohne Widerspruch genehmigt.

Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben dieses Etats bringen 100,000 Thlr. in Ansatz als „Erste Rate des für die Verlegung der Manufaktur erforderlichen Bedarfs“ und die Erläuterungen fügen hinzu: Es wird beachtigt, auf den Grundstücken der Porzellanmanufaktur, Leipzigerstraße Nr. 4, ein neues Sitzungs- und Geschäftsgebäude für das Haus der Abgeordneten zu errichten und zu diesem Zweck die Porzellanmanufaktur auf das Grundstück der früheren Gesundheitsgehirn-Manufaktur bei Charlottenburg zu verlegen. Mit dem Neubau der Porzellan-Manufaktur soll jedoch als möglich begonnen werden, und es ist deshalb von der hierzu erforderlichen Summe von etwa 300,000 Thlr. die erste Rate von 100,000 Thlr. in den Etat pro 1866 (?) aufgenommen worden. — Bekanntlich ist für die mit dieser Position also in Verbindung stehende Frage des Neubaus eines Parlaments-Gebäudes eine Commission zur Beratung vom Präsidenten ernannt worden, in deren Namen jetzt der Abg. v. Unruh Bericht erstattet. Die Commission hat im Beisein der Reg.-Commissarien Graf Eulenburg, Geb. Ober-Baurath Wiebe und des Baurathes Herrmann zwei Sitzungen gehalten und sich zu dem Antrage geeinigt, dem Hause zu empfehlen, daß es den Bau eines Abgeordnetenhauses auf dem Grundstück der Porzellan-Manufaktur ablehne und der Regierung anheimgebe, für den monumentalen Bau eines Parlamentshauses auf einem andern geeigneten Platze zu sorgen; bis dieser aber hergestellt, einstweilen eine Hinzunahme des neuen dem Abgeordnetenhaus belegenen sogenannten „Cabinetshaus“ zu befürworten, damit auf den vereinigten Grundstücken ein ausreichender Sitzungssaal für das Plenum hergestellt werden könne.

Nur eventuell und für den Fall, daß der leitere Vorschlag keine Annahme finde, hat die Commission endlich die Erweiterung des jetzigen Saales und zwar entweder in der Länge, nach der Wasserrseite hin, oder in der Breite,

nach der Seite des Präsidentzimmers hin, ins Auge gefaßt. Die Commission war der Meinung, daß diese interimsistischen Bauten nicht zu großer Ausdehnung gewinnen sollten, damit das Bedürfnis des definitiven Neubaues dadurch nicht in den Hintergrund gedrängt würde; sie hielt indessen den Einwand, daß in Folge eines Saal-Neubaues vielleicht in der Session von 1867 ein anderes Local interimsistisch bezogen werden müsse, nicht für durchgängig. Für das Project einer Verlegung nach dem Grundstücke der Porzellan-Manufaktur war angeführt worden, die Nähe des Herrenhauses und die Bequemlichkeit für die Minister, welche in beiden Häusern zu ihm hielten, ferner die Gewissheit, daß dort jedes Raumbedürfnis Befriedigung finden werde. Die Commission hat anerkannt, daß die für jenes Grundstück projectirten Baupläne sehr geschickt entworfen seien, aber sie erhebt den Haupteinwand, daß dort ein monumental Bau nicht möglich sei. Ein wirklich nationales Bedürfnis will und soll in künstlerischer Gestaltung befriedigt sein. Es ist richtig, daß das Abgeordnetenhaus selbst in einer früheren Session auf jenes Grundstück hingewiesen hat, aber es ist ebenso richtig, daß die Regierung damals gegen diesen Plan war. Der Bauplan weist nach, daß man sogar auf die Bebauung der fiscalischen Nachbar-Grundstücke dicht an ihren Grenzen gedacht hat, so daß die dorthin gelehnten Seiten des Neubaues nicht einmal Fenster erhalten würden.

Die Commission hat in Bezug auf andere geeignete Plätze verschiedene in Erwägung gezogen, so z. B. den Königsplatz, dessen Entfernung von der Stadt nicht als Hindernis gelten könnte, da die Nachbarschaft Gallerie vom Brandenburger Thor nur 500 Schritt, vor der Friedrichstraße, durch die Dorotheenstraße nur 1000 Schritt entfernt sei. Auch sei in der Dorotheenstadt kein Mangel an garnierten Wohnungen und nach der Alsenstraße zu entwickelt sich ein neuer bebauter Stadtteil. Ferner hat man auf die Artillerie-Kaserne am Kupfergraben, deren Abbruch dem Schönheitsgefühl keinen Schaden bereiten werde, an die Kaserne in der Commandantenstraße, die nach ihrem ursprünglichen Verkaufe jetzt wieder in die Hände des Staates zurückgekehrt sei, an die Artilleriewerstätten in der Dorotheenstraße, endlich an die Akademie der Künste, die Nebenräume immer unzureichend sein würden, und empfiehlt deshalb nur den ersten Theil des Commissionsantrages.

Reg.-Commissar Abg. Graf Eulenburg: Graf Schwerin hat 25,000 Thlr. als Kosten des Erweiterungsbaus angenommen, dabei sind jedoch 9000 Thlr. für Ventilations- und Heizeinrichtung einzubeziehen. Ein Neubau würde viel über 50,000 Thlr. kosten, in dem Regierungsplan ist der Saalbau allein auf 288,000 Thlr., mit den Anbauten sogar auf 330,000 Thlr. veranschlagt.

Ein Schluszantrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. v. Blaudenborg: Es ist, wie ich glaube, bei allen Klagen über diesen Saal doch gar nicht so schlimm, wie Alle erfreuen uns einer leidlichen Münterkeit und der Herr Präsident unterliegt den Bürden seines Amtes noch keineswegs. Aber wir haben nicht mehr Platz hier, wir wachsen so gewaltig, nicht nur durch den Zuwachs neuer Glieder, sondern wir selbst werden immer größer. Ich stimme für den Bau auf dem Grundstücke der Porzellan-Manufaktur und halte es für dessen größten Vorteil, daß wir dadurch zum Herrenhause kommen und nicht dieses zu uns. Ich stelle ferner den förmlichen Antrag, die weitere Discussion jetzt auszuführen. Wir haben keine Pflicht, auf einen monumentalen Bau zu dringen, wir bestehen keine Disposition über die vorgeschlagenen Plätze, aber wir sollen vor Allem unsere 704 Daumen seit auf den Geldbeutel halten und nicht für uns selber 3–4 Millionen ausgeben.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der Manufaktur angeführt, ich stimme deshalb gegen die letztere.

Abg. Dr. Michelis: In den Erläuterungen ist der Parlamentsbau als einziges Motiv für die Verlegung der

als Gegenkandidat gegen uns auftrat und, als er von Berlin zurückkam, erklärte, es sei nur dann Gefahr vorhanden, wenn die Wahlen schlecht ausfielen. (Hört! Hört!) Ich sehe voraus, daß das nur seine persönliche Absicht war und ihn die Regierung nicht dazu autorisiert habe; ich wollte nur die Thatsache erwähnen und die Regierung bitten, ihre Beziehungen zu einzelnen Privaten vorsichtiger zu gestalten. Ich glaube, daß der Herr Minister es bei der großen Bedeutung der Sache dem Landesinteresse schuldig wäre, seine Ansicht etwas mehr zu präzisieren und darüber Auskunft zu geben, ob er in Beziehung auf die Abtretung einzelner Gruben unterhandelt oder zu unterhandeln beabsichtigt, ob er in der Lage ist die Verpflichtungen, welche auf der Gesamttheit der Werke Frankreich gegenüber lasten, auf gewisse Kreise zu beschränken und die übrigen der Konkurrenz frei zu geben.

Durch Letzteres namentlich könnten wir erst dahin kommen, daß nicht, wie jetzt, die nächstliegenden Orte und Kreise außer Stande sind, ihren Kohlenbedarf von dort zu decken; jetzt ist die Kohlennot dort so groß, daß schon bis hinauf ins Nahetal die Konkurrenz mit den Ruhrkohlen austritt. So ist die Wirklichkeit der Werke nach Deutschland hin verringert, nach Frankreich ungebührlich erweitert. Warum dieser Vertrag geschlossen worden ist, ist mir überhaupt immer unklar geblieben; anfangs glaubte ich, es handle sich nur um gewisse Vorbereitungen, welche später erst definitiv abgeschlossen werden sollten; dann aber habe ich jede Spur einer Erklärung verloren und jetzt sehe ich nur einen Schaden daraus für unsere Industrie. Unter allen Umständen müßte, wenn es nicht gelänge, anders unserer Industrie einen Erfolg zu verschaffen, die Regierung die Festsetzung von Privaten begünstigen. Deswegen möge man querst Unterhandlungen eingehen, um jene Verpflichtungen auf kleinere Kreise zu beschränken.

Abg. Becker: Die Bemerkungen, die bisher gefallen sind, veranlassen mich, zu erklären, daß die größere Sicherstellung der Interessen der Grundbesitzer und der Landwirtschaft als ein großer Vorteil des neuen Vergesetzes von allen Seiten, wenigstens von der Majorität des Volkes, anerkannt wird. Ich bezeuge dies, damit die neuen Landesheile nicht überflüssige Furcht davor haben.

Minister v. Jähnpliz: Ich verhandle weder, noch habe ich die Absicht

(Heiterkeit.)

Abg. Grundmann: Ich halte es für besser, wenn die Regierung diese Werke in der Hand behält. Mit den schlesischen Eisenhüttenwerken mußte weiter vorgegangen werden; dann würde das Budget noch größere Erfolge aufweisen.

Reg.-Commissar Krug v. Nidda: Die Regierung hat bis jetzt noch keine annehmbaren Gebote erhalten. Verfehlert aber wird nicht! (Heiterkeit.)

Der Antrag auf Schluß der Discussion wird abgelehnt.

Abg. Hammacher: Ich wollte nur die Antwort des Herrn Ministers, welche mich sehr erfreut hat, nochmals constatiren. Durch die Konkurrenz der Privat-Industrie mit dem Staate würde gerade das Wohl des Landes sehr gefördert werden. Uebrigens ist es nach dem Wortlaut des Vertrages mit Frankreich unmöglich, diese Gruben ohne vorherige Verhandlungen mit Frankreich zu veräußern; denn die Regierung muß an den Ufern des Canals und seiner Nebenarme mehrere Niederlagen errichten, welche stets „abondamente“ versehen sein müssen und die Preise na dem Tarif der Meistbegünstigten berechnen. So lange diese Bestimmungen des Vertrages bestehen, ist also von Verkauf an Privatpersonen keine Rede.

Schluß der Discussion wird angenommen.

Tit. 1—7 der Einnahmen werden ohne Debatte genehmigt.

Bei Tit. 8 (Verwertungs-Abgaben und Steuern) bemängelt Abg. Hammacher den zu geringen Einnahmesatz; der Bergbau sei dermaßen im Aufblühen begriffen, daß der Durchschnitt aus den letzten 3 Jahren nicht maßgebend sei; im Jahre 1865 sei die Einnahme z. B. schon großzügig gesehen, als sie für dieses Jahr in Aussicht genommen sei, und jetzt dringe die niederrheinisch-westfälische Kohle nicht blos bis zur Nähe in die Zone der Saarhöhle, sondern nach Belgien und bis Paris vor.

Reg.-Commissar Krug v. Nidda entgegnet, daß die Mehreinnahme des Jahres 1865 daher komme, daß die Veranlagung damals auf dem linken Rheinufer noch nach französischem Gesetz erfolgt sei.

Tit. 8 und 9 werden genehmigt. Es folgen die fortlaufenden Ausgaben. (Bis-Präsident Stabenahen übernimmt den Vorsitz.)

Die Ausgaben für die Betriebskosten der Bergwerke, Hüttenwerke und Salzwerke werden genehmigt.

Zu Capitel 17 (Ober-Bergämter) nimmt Abg. Dr. Achenbach das Wort, um darzulegen, daß unsere gegenwärtige Bergwert-Gesetzgebung den Anforderungen vollkommen entspreche, er erklärt es für wünschenswert, daß dasselbe auch bald in den neugeworbenen Ländern eingeführt werde. Dieses Verteilungsgesetz sei ein Beweis gegen die neulich von einem Abgeordneten ausgesprochene Behauptung, daß unter dem gegenwärtigen Ministerium organisatorische Gesetze nicht zu Stande gekommen wären.

Abg. Lasker: Das Bergwertgesetz, dessen Vortrefflichkeit ich durchaus anerkenne, ist nicht aus dem Reichtum des Justizministers, sondern des Handels-Ministers hervorgegangen. Das Zustandekommen dieses Gesetzes ist gerade ein Beweis dafür, daß gute Gesetze immer ein offenes Ohr in diesem Hause gefunden haben. Daß ich neulich diesen vorbehaltlosen Gegenstand des Handels-Ministers gegen den Justizminister nicht hergehoben habe, dadurch habe ich doch wahrlich dem Justizminister kein Unrecht gethan.

Zu Cap. 18 (Verwaltungs- und Betriebsaufgaben) wünscht Abg. Glaser, daß den Uebelständen der provisorischen Wohnungen der Bergbauarbeiter abgeholfen, und daß ihnen feste Anstellung befördert wird.

Abg. Dr. Birchow erfuhr den Vorredner, auf diese Uebelstände, auf die er selbst schon ohne Erfolg mehrfach aufmerksam gemacht habe, bei Gelegenheit des Forststaats, wo ähnliche Verhältnisse zu rügen wären, den Herrn Finanzminister hinzuweisen; vielleicht würde dies etwas helfen.

Die einzelnen Titel werden darauf genehmigt; ebenso das Extraordinarium ohne Debatte.

Es folgt der Stat der Eisenbahn-Berwaltung.

(Der Ruf nach Vertragung wird laut; vom Präsidenten indeß nicht berücksichtigt.)

Der Stat der Verwaltung der Eisenbahn-Angelegenheiten weist nach an Einnahmen 16,611,400 Thlr., an Ausgaben 9,986,016 Thlr., mithin an Ueberschüssen 6,625,384 Thlr., davon treffen auf die Niederschlesisch-Märkische 3,190,000 Thlr., die Verbindungsbaahn in Berlin 22,000 Thlr., die Ostbahn 2,332,300 Thlr., die Westfälische 343,984 Thlr. und die Saarbrücker Bahn 737,100 Thlr. Die Ueberschüsse betragen nur 77,934 Thlr. mehr als im Jahre 1866, indem den veranschlagten Mehreinnahmen (u. a. 125,950 Thlr. bei der Ostbahn) eine Verminderung der Einnahme bei der Westfälischen Bahn um 186,716 Thlr. gegenübersteht. An einmaligen Ausgaben 1,614,746 Thlr., darunter 7,800 Thlr. bei der Niederschlesisch-Märkischen Bahn 100,000 Thlr. Dispositionsfonds zu vorhergesagtem außerordentlichen Ausgaben über dessen Verwendung nach dem Final-Abschluß des Staatsjahrabschlusses Rechenschaft zu geben ist.

Die General-Discussion wird eröffnet.

Regier.-Commissar Frhr. v. d. Red. erläutert die einzelnen Etatspositionen unter zunehmender Unaufmerksamkeit des Hauses, so daß auf der Journalistentribüne fast nichts davon zu verstehen ist.

Abg. Neidhardt hält eine Erklärung des Handelsministers darüber, ob die Regierung beabsichtigt, die in der Declaration zum Friedensvertrage zwischen Österreich und Preußen enthaltene Bestimmung, betreffend die Fortführung der Gebirgsbahn bis Braunau, welche die Interessen der dortigen Bewohner und die allgemeinen preußischen Interessen schädigen würden, zur Ausführung zu bringen.

Handelsminister Graf Jähnpliz: Ich habe nicht diese Absicht. (Heiterkeit.)

Abg. Lent fragt, ob bald der Bau der Bahn zu erwarten sei, welche die directe Verbindung zwischen Berlin, Breslau und Wien herstellt, und derjenigen, welche die Grafschaft Glatz durchschneiden solle.

Handelsminister Graf Jähnpliz: Das mit der österreichischen Regierung im vorigen Sommer nicht viel zu verhandeln war, wird wohl den Herren hier Allen bekannt sein; wie es nach dem Friedensschluß damit steht, werden Sie wohl auch wissen; wir haben indes die Verhandlungen wieder eröffnet, um jedoch diese Bahnen bauen zu können, müssen Sie erst sehr bedeutende Geldmittel bewilligen.

Abg. Michaelis: Die Grundlage bei der Buchführung im Eisenbahnbau ist nicht richtig zu sein. Da stehen allerdings zuerst Einnahmen der Staatsbahnen und dann Einnahmen der Privatbahnen, bei welchen der Staat beteiligt ist; und ebenso die Ausgaben hinter einander; aber schließlich ist die Summe aus beiden Kategorien zusammengezogen und der angebliche Ueberschuß der Staatsbahnen dadurch herausgerechnet worden, daß die Einnahmen aus den Privatbahnen nicht davon getrennt sind. Wenn man aber einen Überblick über die Rentabilität der Staatsbahnen gewinnen will, muß man die Rechnung anders anstellen; die Staatsbahnen ergeben nach dem Stat. Einnahmen:

Ausgaben: a. Betriebskosten 9,986,016 Thlr.
b. einmalige Ausgaben 1,514,746 " "

Summa 11,500,762 "
bleibt Ueberschuß 5,110,638 Thlr.

Davon ab die Ausgaben zur Verzinsung der Anleihen 5,213,628 Thlr.

folglich ergiebt sich ein Deficit von 102,990 Thlr.

(Hört! Hört!) Der Herr Vorredner hat bei seinen Reden übersehen, daß die einmaligen außerordentlichen Ausgaben nicht alle Tage vorkommen und deshalb bei einer solchen Rechnung abgezogen werden müssen; sie könnten eben ja auch durch eine Anleihe bestritten werden.

Der Präsident theilt mit, daß vom Abg. Dr. Hammacher ein Antrag eingegangen ist, worin die Staatsregierung aufgesfordert wird, die Anzahl der Lokomotiven aus der Westfälischen Eisenbahn in einer dem Bedürfnis entsprechenden Weise zu vermehren.

Abg. Lent: Die Kostenfreiheit der Bahnanlage, welche ich vorhin betont, kann in Grund einer so langen Zurückstellung sein, da die Bahnen ein ganz dringendes Bedürfnis sind.

Handelsminister Graf Jähnpliz: Man möge durchaus nicht glauben, daß ich dem Bau dieser Bahn entgegen bin; die Reden des Hrn. Abgeordneten können mich nicht beirren, daß ich entflammbar, als ich es schon bin; man möge mir aber Zeit lassen, die Dinge geschäftsmäßig auszuführen. (Heiterkeit.)

Abg. Michaelis: Die Stats der Vorjahre weisen nach, daß einmalige außerordentliche Ausgaben immer wiederkehren. Wenn der Herr Regierung-Commissar meint, daß diese durch Anleihen bestritten werden könnten, so möchte ich blos zu bedenken geben, daß auch die Zinsen für die Capitaleinlagen der bisherigen Anlagen und Betriebsgegenstände mit angerechnet werden müßten, und da würde sich immer ergeben, daß unsere Staatsbahnen keinen Ueberschuß, sondern ein Deficit geben.

Reg.-Commissar v. d. Red: In der Regel stellt sich das wirkliche Resultat besser, als es der Stats-Voranschlag angibt.

Abg. Michaelis: Wenn das wirkliche Ergebnis sich anders gestaltet, als es im Stat angegeben ist, so beweist das nur, daß der Eisenbahn-Stat ein Fehler ist, der die Staatsregierung durch die Ueberhölfte, die er gewährt, unabhängig von diesem Hause und dadurch die ganze Staatsaufstellung imaginär macht. Dies müßte ich nur hiermit noch konstatir haben.

Die Generaldisputation wird geschlossen. — Präsident v. Dördenbeck übernimmt den Vorsitz wieder und schlägt dem Hause vor, die Sitzung zu vertagen. Das Haus stimmt bei. Der Präsident beruft die nächste Sitzung auf Donnerstag 10 Uhr an; gedankt dieselbe um 3 Uhr zu schließen und Abend 7 Uhr wieder eine Abendstunde abzuhalten. Freitag und Sonnabend sollen gleichfalls Sitzungen stattfinden, in denen der Präsident mit dem Stat fertig zu werden hofft. Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Stat der Eisenbahnverwaltung, Domänen, Forsten, indirekte Steuern und das Salzmonopol.

Folgende Stelle aus den Kammerverhandlungen gehört auf die S. 1 Sp. 2 vor die Rede des Abg. Gr. Gulenburg:

Abg. Dr. Beder bedauert diese Erklärung und legt durch Zahlen dar, wie unverhältnismäßig die Landbevölkerung durch das Landbriefbestellgeld gedrängt wird. Die Einnahmen aus diesem Bestellgeld seien bei Weitem größer, als der Dienstaufwand dafür; bis 1854 habe man aus dem Landbriefbestellgeld allein einen jährlichen Ueberschuß von 18,000 Thalern erzielt; das sei nichts, als eine besondere Steuer für die Landbevölkerung. Die letzte Neuordnung des Regierungs-Commissars stehe außerdem im Widerspruch mit den von der Regierung im Jahre 1862 gemachten Vertheilungen. Redner empfiehlt den Antrag des Abg. v. Kleinjorgen.

Abg. Hoffmann zieht seinen Antrag zurück.

Abg. v. Bonin: Mein Antrag betrifft die Correspondenz der Orte, welche in der Umgegend einer Poststation liegen. Jetzt kostet ein portofreier Dienstbrief, der aus großer Entfernung an eine Poststation gelangt und vom Briefträger bestellt wird, nur 6 Pf.; wird er aber unmittelbar an dieser Postanstalt aufgegeben und auf's Land bestellt, so kostet er 1 Sgr. Bestellgeld. Diese Ungleichheit ist durchaus unzulässig. In den engen Grenzen meines Antrages acceptire ich auch die Aeußerungen des Abg. Beder.

Abg. v. Kleinjorgen modifiziert seinen Antrag dahin, daß das Briefbestellgeld auf dem Lande vom 1. Januar 1868 ab aufgehoben, das für Zeiträume aber von da an auf den in den Städten bestehenden Satz beschränkt wird.

Berlin, 11. Dezbr. [Amtliches.] Se Majestät der König hat den nachnamen Eisenbahn-Beamten Orden und Ehrenzeichen verliehen und zwar:

den rothen Adler-orden zweiter Klasse mit Eichenlaub: dem Geh. Ober-Baurath Weißhaupt zu Berlin;

den roten Adlerorden vierter Klasse: dem Regierungs- und Baurath Keil zu Bromberg, dem Regierungs- und Baurath Vogt zu Berlin, dem Ober-Betriebs-Inspector Schulz zu Breslau, dem Eisenbahn-Bau-Inspector Korn zu Berlin, dem Baurath Schneider zu Elberfeld, dem Regierungs-Inspector Mebes zu Berlin, dem Eisenbahn-Bau-Inspector Keder zu Bromberg, dem Regierungs-Inspector Tröld zu Berlin, dem Reg.-Inspector Simon zu Breslau, dem Eisenbahn-Bau-Inspector Kampolt zu Stargard in Pommern, dem Eisenbahn-Bau-Inspector Kinkel zu Berlin, dem Bahn-Controleur Schubert bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, dem Bahn-Controleur Großmann bei der Ober-Oberschles. Eisenbahn, dem Stations-Borsteher Riebe zu Bromberg, dem Stations-Borsteher Jansen zu Elberfeld, dem Stations-Borsteher Riebe zu Liegnitz, dem Telegraphen-Inspector Götsch bei der Wilhelmsh. Bahn, dem Güter-Expediten-Cidemann bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, dem Ober-Betriebs-Inspector Grillo zu Bromberg, dem Eisenbahn-Bau-Inspector J. Aegeide zu Berlin, dem Eisenbahn-Bau-Inspector v. Bagedes zu Guben, dem Eisenbahn-Bau-Inspector Niemann zu Breslau, dem Maschinenmeister Gräf zu Bromberg, dem Stations-Borsteher Küstler zu Königsberg in Preußen, dem Stations-Borsteher Riebe zu Bromberg, dem Stations-Borsteher Birnhold zu Breslau, dem Stations-Borsteher Jansen zu Elberfeld, dem Stations-Borsteher Mattias zu Kohlsdorf und dem Geh. Revisor Liebenow zu Berlin;

Den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: dem Betriebsdirector Böhl bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, dem Abtheilungsbaumeister Häfner bei der Berlin-Stettiner Eisenbahn, zu Breslau, dem Abtheilungsbaumeister Edolt bei der Berlin-Hamburger Eisenbahn, zu Hamburg, dem Abtheilungsbaumeister Büttner bei der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn, dem Maschinenmeister Bassen bei der Wilhelmsh. Bahn, dem Bahn-Controleur Götsch bei der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn, dem Abtheilungsbaumeister Busse bei der Berlin-Stettiner Eisenbahn, zu Berlin, dem Ober-Betriebs-Inspector Kleinitz zu Potsdam, dem Ober-Betriebs-Inspector Beyer bei der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn, zu Berlin, dem Abtheilungsbaumeister Witzsch zu Gera, dem Ober-Maschinenmeister Kretschmer zu Stettin, dem Ober-Maschinenmeister Hennig bei der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn, zu Berlin, dem Abtheilungsbaumeister Kleinecke bei der Thüringischen Eisenbahn, dem Bahn-Controleur Schöning, bei der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn, zu Berlin, dem Bahn-Controleur Herold zu Herzberg, dem Ober-Bahn-Controleur Friedrichs bei der Magdeburg-Leipziger Eisenbahn, dem Bahn-Controleur Schröder bei der Cöln-Windener Eisenbahn zu Deutz, dem Bahn-Controleur Hoffmann zu Gera, dem Bahn-Controleur Hoffmann zu Coburg bei der Rheinischen Eisenbahn zu Bingerbrück, dem Ober-Bahn-Controleur Kammel zu Erfurt, dem Ober-Bahn-Controleur Leidholdt zu Halle a. S., dem Ober-Bahn-Controleur Weppler zu Eisenach und dem Maschinenmeister Anschütz bei der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn zu Breslau;

das Allgemeine Ehrenzeichen: dem Locomotiv-Bormann Bertram bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn, dem Ober-Locomotivführer Bockrot zu Borsig, dem Hilfs-Bahnmeister Leue und dem Hilfs-Bahnmeister Busch bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, dem Bahnmeister Richter bei der Ostbahn, dem Bahnmeister Krömer bei der Wilhelmsh. Bahn, dem Stations-Assistenten Matthes bei der Ostbahn, dem Stations-Assistenten Ostwald bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, dem Locomotivführer Bieth bei der Berlin-Hamburger Eisenbahn, dem Locomotivführer Walther bei der Ober-Oberschles. Eisenbahn, dem Stations-Assistenten Margegardt zu Düsseldorf, dem Locomotivführer Baudau, dem Locomotivführer Bartelt und dem Zugführer Rohr bei der Ostbahn, dem Werkführer Müller und dem Locomotivführer Kämmerer bei der Thüringischen Eisenbahn zu Erfurt, dem Bahnmeister Franke und dem Telegraphisten Schenk bei der Thüringischen Eisenbahn.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Rath v. Schierstedt zu Bromberg zum Ober-Regierungs-Rath und Regierungs-Abtheilungs-Direktor und den Regierungs-Assessor Albert Reinhold v. Pommer-Esche zum Landrat des Kreises Mörs, Regierungsbezirk Düsseldorf, ernannt.

[Marine.] S. M. S. „Noble“ ist am 22. vor. Mts. auf der Rhee de Sancta Cruz auf Teneriffa, und S. M. S. „Gazelle“ gestern in Malta angelommen.

[Bekanntmachung.] Zu Liebau im Regierungsbezirk Liegnitz wird am 15. Dezember d. J. eine Telegraphen-Station mit beschränktem Tagesdienste eröffnet werden.

Berlin, 12. Dezember. [Se. Majestät der König] kehrten gestern Abend 9½ Uhr mittels Extrazuges auf der Berlin-Görlitzer Bahn von Schloss Königs-Wusterhausen hierher zurück.

Heute nahmen Se. Majestät der König die Vorträge des Minister-

Präsidenten, des Civil-Cabinets, des Wirkl. Geh. Ober-Regierungsraths Kostenoble und des Militär-Cabinets entgegen und empfingen in Anwesenheit des Gouverneurs und Commandanten mehrere hochgestellte Militärs zur Meldung, unter ihnen auch den Herzog v. Ratibor. (St. A.)

[Berichtigung.] Der „St. Anz.“ schreibt:

In dänischen und belgischen Blättern werden tagtäglich die handgreiflichsten Erzählungen über die Politik des preußischen Cabinets und über angebliche Neuerungen seiner Mitglieder verbreitet.

Die Aufgabe des „Staats-Anzeigers“ kann es nicht sein, sich dauernd mit einer Widerlegung dieser absichtlichen Fälschungen zu beschäftigen. Wir wollen aber heute an einem Beispiel jenes unwürdigen Treiben kennzeichnen.

Das in Kopenhagen erscheinende „

lung im Hinblick auf die damals bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen geschlossen hatte und indem er zu den nunmehr getroffenen Wahlen Glück wünschte. Hr. Kaufmann Sindermann berichtete nun über ein von Hrn. Kaufmann Scherer eingegangenes Schreiben, die Sache des „Aussichtsvereins für Kostländer“ betreffend, welche er warm befürwortet. Nachdem Hr. Dr. Thiel herborghoben, wie es wesentlich darauf ankomme, daß die Abteilungs-Comit's jenes wohlthätigen Vereins sich recht bald in sämtlichen Bezirken constituiere, wie dies bereits im Dreilinden-Bezirk durch Anregung des Hrn. Dr. Weis, im Dombezirk von Seiten des Pfarrer Donzel und des Redners geschehen, wurde die Lage der sogenannten Kostländer von Hrn. Dr. Pinoff näher erläutert. Es sei dies die Klasse von Kindern, welche, von unglücklichen Eltern stammend oder unehelich geboren, fremden Pflegeeltern anvertraut sind und ein kümmerliches Leben fristen oder vielmehr hinziehen. Die Arzte wissen, daß die schlechte Nahrung, welche diese Kinder bekommen, sie frühzeitig abmagern lassen; sie müssen sich aufzehren, sind meist scrophulös, krank und sterben früh. Es sei die Pflicht der bürgerlichen Gesellschaft, jedes ihrer Kinder zu überwachen, das einmal da ist, und somit empfiehle er den neuen Verein aufs Wärmste. Eine Anzahl von Herrn Scherer eingefandene Statuten wurde unter die Mitglieder vertheilt.

Demnächst berichtete der Vorsitzende der Befreiung (in Vertretung des abwesenden Hrn. Nodel) über den Erfolg einer von Grundbesitzern der Obervorstadt an das Deichamt gerichteten Eingabe, worin auf Befreiung des auf dem Deiche zwischen der Füllersinsel und dem Turnplatz errichteten Baunes, sowie auf Entlassung des sogenannten Dammmeisters angetragt war. Hr. Deichhauptmann Landek erwiderte hierauf schriftlich, der für unmöglich befundene Dammwächter werde schon am Schlusse dieses Jahres entlassen, die Befreiung des für übelständig erachteten Baunes aber sei vom Polizeipräsidium abhängig.

Wie Hr. Dr. Thiel bemerkte, gebe aus den Verhandlungen der Stadtverordneten hervor, daß die Absperrung des Deiches im öffentlichen Interesse erfolgt ist. Hr. Sindermann bezeichnete jene Absperrung des Verkehrswege zwischen Oder und Nitrat-Vorstadt als eine schreiebare Urgerechtigkeit; wenn der frühere Privateigentümer der Füllersinsel die Passage über dieselbe freigegeben habe, so erscheine Magistrat dazu um so mehr verpflichtet. Ueberhaupt bleibe die Deichfrage eine ungeheuerliche und müsse energisch darauf hingearbeitet werden, daß die Commune den Bewohnern der Obervorstadt jene ungebührliche Last endlich abnehme. Gegenwärtig handle es sich auch um den vom Deichamte beschlossenen Verlauf der Dammschollen an den Magistrat, da der Verlauf unter Bedingungen projectirt sei, welche man nicht billigen könne. Wie Hr. Pesche bemerkte, soll der Morgen mit 300 Thlr. abgetreten werden, wohrend Privatbesitzer für den Morgen 13—1500 Thlr., ja bis 2000 Thlr. erhalten. Die Versammlung genehmigte daher den von Hrn. Sindermann formulierten Antrag, wonach das Bezirks-Comite ermächtigt wird, daß es an das Deichamt die Aufforderung richte, den Verkauf der Deichschollen an den Magistrat zu sistiren und darüber in einer neuen Sitzung zu berathen; event. erhält das Comite den Auftrag, gegen den Verlauf bei der Königlichen Regierung zu protestieren.

Hierauf gelangte die Bahnhofs-Angelegenheit zur Discussion, an der die Versammlung sich lebhaft beteiligte. Hr. Sindermann befürwortete unter Hinweis auf seine früheren Darlegungen einen Gesuch an die Direction der Rechten-Oder-Ufer-Bahn, daß der Kopfbahnhof nicht, wie projectirt, auf dem sogenannten Hengstmarkt, dicht hinter den letzten Häusern der Oder-Vorstadt, sondern im Interesse der Verkehrsstrassen wie der weiteren Entwicklung der Vorstädte an der äußersten Peripherie zwischen den beiden Chausseen nach Trebnitz und Hundsfeld, also womöglich an der alten Oder errichtet werde. Hiergegen erhob sich mehrfacher Widerspruch, namentlich entwidete Hr. Ingenieur Kayser die Gründe, weshalb ein solches Gesuch fruchtlos wäre. Gewiß wolle die genannte Direction allen Wünschen der Bewohner möglichst gerecht werden. Aber die Anlage sei nunmehr beschlossen, das Terrain, wie er aus den Plänen nachweisen könne, mit der gebotenen Rücksicht auf die theilweise schwierigen Localverhältnisse erworben, und die übrigen Verkehrsstrassen liefern sich nur dadurch erfolgreich schließen, daß man, wie in England, die Bestimmung einführe, es dürfe keine Eisenbahn auf gleichem Niveau mit anderen Verkehrsstrassen angelegt werden. Nach längerer Besprechung wurde der Sindermann'sche Antrag verworfen und der Vertrag über „Comunalbauten“ der vorgerückten Zeit wegen vertagt.

△ Breslau, 7. Dezember. [Kaufmännischer Verein.] 1) Vorsitzender Hrn. Commiss.-Rath Dr. Cohn teilte den Inhalt der vom Vorstande an die Direction der Wilhelmsbahn gerichteten Eingabe, wegen Wiederherstellung des ausgefallenen Anschlußzuges zwischen Roßel und Oderberg resp. zurück, mit — der die Postverbindung des schlesisch-österreichischen Verkehrs, wie ausgeführt wurde, sehr nachhaltig beeinträchtigte, sowie den abschläglichen Beideid der Bahndirection, welcher auf die mangelnde Rentabilität des Zusages der Personen sehr schwach benutzt worden sei und nicht die Selbstkosten decke, fügt. Die Versammlung glaubt indeß, daß, wo es sich um eine so empfindliche Störung des Postverkehrs auf einer so wichtigen Linie handele, der Staat Mittel und Wege finden werde, die Bahn durch Entschädigung oder in anderer Weise zu einem zweckentsprechenden Arrangement der Züge zu bewegen, und behält sich vor, in dieser Weise weiter vorzugehen, wozu indeß erst das Resultat in gleicher Sinne von der Handelskammer in die Hand genommenen Vorstellung abgewartet werden dürfte. — 2) Analog des seitens der Steittiner Kaufmannschaft an den Verein ergangenen Erjudens, wegen Freigabe des Geschäftsbetriebes der Versicherungsagenten im Umberzene gleichfalls an das Abgeordnetenhaus zu petitionieren, giebt Herr Director Scherzer einige Mittheilungen über die Geschichte und das Wesen der Versicherungs-Branche zum näheren Verständniß der Frage. Die Freiheit der modernen Genossenschaft, welche sich von Frankreich aus nach Deutschland Bahn brach, kam mit Unterstützung des Ministeriums Stein, Anfangs dieses Jahrhunderts, in der Bildung von freien Privat-Versicherungs-Gesellschaften, Gegenzeitigkeits-Verbänden zum Ausdruck. Bis zum Jahre 1837 waren solche von gesetzlichen Beschränkungen, wie noch heute in den außerdeutschen Ländern, namentlich in Frankreich und England, frei. Damals aber, wo das Stein'sche Prinzip der Gewerbefreiheit beschränkt wurde, kam die Versicherungsbranche zum Ressort des Polizei-Ministers v. Kochow, und unter polizeiliche Kontrolle und Beaufsichtigung und neben der staatlichen Concessionierung der Agenten trat bei deren Bestätigung die Bedürfnisfrage ein. Man beabsichtigte, den Missbrauchen Einhalt zu thun, zu denen eine allzuproze Ungebundenheit der Mobiliar-Feuer-Versicherungsbranche geführt habe, wollte aber wohl eigentlich nur den von königl. Beamten verwalteten ständischen und Provinzial-Societäten die Concurrentie der Privat-Institute möglichst beseitigen und stützte sich auf laufende Gutachten von Landräthen und Bürgermeistern, die selbst als Beamte oder Agenten jener Institute fungirten. Das trok dieser Aus sagen die Privatinstitute ihre Lebensfähigkeit zeigten und der öffentlichen Wohlthat mindestens ebenso wie jene dienten, beweist, daß Ende 1862 bei den preußischen Provinzial-Societäten und städtischen Zwangsverbänden 1482 Millionen, bei den concessionirten Aktiengesellschaften im preußischen Staate 2352, in ihrem ganzen Geschäftsbereiche 4776 Millionen Thaler versichert sind. In Anerkennung dieser Thatsachen fiel 1859 die Beschränkung der Bedürfnisfrage und zwei Jahre später erfolgte die Freigabe der Agenturen aus dem ausgesprochenen Geschäftspunkte der Aushebung aller Beschränkungen im Geschäftsbetriebe der Versicherungs-Industrie, unter dem Ministerium Schwerin. Um so überraschend erfolgte darauf der in Rede stehende Ober-Tribunals-Verchluß vom 25. Februar 1864, welcher sich dahin aussprach, daß nach der zeitigen Lage der preußischen Gesetzgebung das Reizegeschäft der Assurance-Agenten strafbar sei. Diese Entscheidung, die den Weg der Gewerbefreiheit wieder verläßt, stützt sich auf die Ansicht, daß das Agenturgewerbe der Versicherungs-Anstalten, nach § 49 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, ein stehendes sei und mit den an dieser Stelle bezeichneten Geschäften, den Händlern mit alten Kleidern, Kammerjägern, Schlafliegemietern u. s. w. gleichmäßig rangiere, welche einer besonderen Concessio bedürfen. Es liegt aber in der Natur der Sache, daß Versicherungs-Agenten, im Interesse ihres Geschäfts reisen müssen; es fehlt namentlich auf dem Lande an Verständniß für die Wohlthat der Versicherung, das nur durch mündliche Auseinandersetzung geweckt werden kann, ebenso wie sich der Agent an Ort und Stelle von dem Risiko überzeugen muß. Durch dieses Erkenntniß werden in Preußen mehr als 20.000 Versicherungsagenten betroffen, denn die Hagel-, Vieh- und Lebens-Versicherungen sind doch dabei inbegripen. — Daß aber in diesen Gebieten das Schirmdach des Assicuranzwesens, ohne welches die gegenwärtige Entwicklung von Gewerbe und Handel undenkbar wäre“ (die Worte Engels) sich noch nicht über alles Land und Gut ausbreite und wir von einer Überversicherung noch sehr weitentfernt sind, dafür legen die häufigen Hilferufe von Brand u. Hagel-Betroffeneren Dörfern und Städten und durch den Tod des Ernährers verarmter Familien Zeugnis ab, sowie namentlich der Umstand, daß Ultimo 1862 erst unter 30 Familien eine Lebensversicherungs-Police und davon kaum 25 p.C. auf das platt Land kam. Referent stellt daher den Antrag, sich der Petition der Stettiner Kaufmannschaft an das Abgeordnetenhaus wegen Änderung dieses gegenwärtigen Rechtsstandes durch Emanation eines neuen Gesetzes anzuschließen. Nachdem Herr Kramer sich noch über die wirthschaftlichen Wohlthaten der Versicherung verbreitet und daß Augenmerk der Gemeinden auch namentlich darauf gerichtet ist, da gegenwärtig communale Seite gar nicht daran gefragt wird, ob ein zuziehender Bürger mit sei-

nem Eigenthum, Haus und Leben versichert sei, nimmt die Versammlung nach einiger Debatte den Antrag des Herrn Director Scherzer an. — 3) Herr Leipzig erweist auf den schweren Stand der Breslauer Engrösten hin, welche in ihren Verbindungen nach Österreich mit den willigen Differential-Tarifen zu kämpfen haben. Dieselben bevorzugen den directen Verkehr derart, daß die Fracht für einzelne Waaren, z. B. Gewürze, zwischen Stettin und Breslau 3 Sgr. theurer ist, als zwischen Stettin und Wien. In wie weit die Bahnen bei Normirung ihrer Frachten neben ihrem eigenen Interesse das des Handels und Verkehrs derjenigen Plätze, welche ihnen zunächst stehen, in Erwägung zu ziehen haben, das ist wohl noch eine offene Frage, mit der sich unsere Handelskammer eingehend beschäftigt hat. In diesem Sinne übernimmt es Herr Lode, die Sache an dieser Stelle anzugehen. — 4) Herr Milch bringt die Frage in Anregung: ob der derzeitige Magistrat die Lehre der Kaufmännischen Wissenschaften, wie Buchführung u. dgl., als „Lehrer“ oder Fachmänner, „Gewerbetreibende“ concessionire, womit weiter die Frage zusammenhängt, ob solche eine Prüfung und vor wem zu bestehen hätten. Einige vorliegende Fälle machen es wünschenswert, diese unterschiedene Angelegenheit einmal in's Klare zu bringen und wird der Vorstand beim Magistrat dieshalb um Information nachfragen. 5) Analog der in einer hiesigen Dölmühle vorgenommenen leichten Explosion eines leeren Petroleumfasses führt Dr. Oscar Cohn aus, wie ein solcher Vorfall durchaus nicht angenähert sei, diesen Leuchtstoff im Gebrauch zu verdächtigen. Wenn das Gas wirklich von Petroleum und nicht zuletzt mit Lig-ro-me gefüllt war, einem flüchtigen Mineralöl, dem gegenüber allerdings größere Vorsicht anzuwenden ist, — so bietet dies eben ein Beispiel von dem einzigen möglichen Falle einer Explosion, wo nämlich ein Rest Petroleum in einem größeren Raum abgedroschen — das Gas lag verspundet — diesen mit Gasen erfüllt, die bei hineingehaltenem Lichte unter Detonation verbrennen. Das Petroleum selbst anzugünden gelingt erst nach bedeutender Erwärmung und in diesem Jahre sind nur die auf den Siedepunkt geprüften amerikanischen Sorten im Handel, bei deren Gebrauch oder Lagerung nicht der geringste Grund zur Besorgniß vorliegt. In der That hören wir jetzt, wo der Consum des Stoffes gegen die Vorjahre um das Doppelte und Dreifache gewachsen ist, nur sehr selten von einem durch ihn veranlaßten Unfall. Zum Schluß wird gezeigt, wie sich Terpentind mit dem Petroleum in der Regel in der Entzündbarkeit gleichstellt, bei viel niedrigerer Temperatur als letzteres entflammen läßt, desgleichen gesährlicheren Spiritus gar nicht zu denken.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 13. Dezbr. Die Morgenblätter melden: Der König und der Kronprinz von Sachsen treffen Sonntag Abends 8½ Uhr ein, und verweilen am hiesigen Hof Montag und Dienstag. Bereits eingetroffen sind folgende Bevollmächtigte: Herzog, Nossing, Campe (Braunschweig), Kirchenpauer (Hamburg), Kaiser (Sondershausen).

Die „Sp. B.“ meldet: Der hier anwesende General Arentshild darf wenig Hoffnung haben, in den Beschlüssen betreffs der hannoverschen Offiziere etwas zu ändern. (Wolffs L. B.)

Kassel, 12. Dezbr. Eine Deputation des Stadtrathes und des Bürgerausschusses, an ihrer Spitze der Oberbürgermeister Nebelthau, überreichten gestern dem General v. Werder, welcher Kassel heute verläßt, sowie dem königl. Administrator für Kurhessen, Regierungs-Präsident v. Möller, in Würdigung der besonderen Verdienste, welche sich dieselben durch Milderung der Kriegslasten und Wahrnehmung der Rechte und Interessen der Stadt erworben, das Diplom als Ehrenbürger der Stadt Kassel. Nach der „Hess. Morgen-Zeitung“ erwiderte General v. Werder: Des Königs Majestät habe ihn durch Allerhöchste seine Zustriedenheit bei seinem Abgang ausgezeichnet, aber die befriedigende Lösung seiner Mission sei vorzugsweise ein Werk der Bürger, die immer nur verständige und erreichbare Wünsche vorgebracht. Er freue sich, unter die Bürger Kassels aufgenommen worden zu sein, denn er habe immer auf das echte Bürgerthum viel gehalten. Präsident v. Möller erwiderte auf die Ansprache: Er hoffe nicht blos Ehrenbürger, sondern Bürger der Stadt Kassel mit allen Pflichten eines solchen zu werden und zu bleiben. Seinerseits werde nichts geschehen, was seine innige Beziehung zur Stadt Kassel lösen könnte.

General v. Werder nimmt „mit schwerem, aber dankersüßtem Herzen“ in den heutigen Blättern Abschied von Kurhessen.

Paris, 12. Dez. Nach hiesigen Zeitungsversionen lautet die Antwort, welche der Papst auf die Abschiedsworte des Generals Montebello gegeben hat, vollständig:

„Meine thurenen Kinder! Am Vorabende Eures Fortganges begebe ich mich in Eure Mitte, um Euch Lebewohl zu sagen. Eure Fahne, welche Frankreich verließ, um die Rechte des heil. Stuhles und die Person des Stellvertreters Christi auf Erden zu schützen, war, als sie nach Rom zog, von den Wünschen des ganzen Volkes begleitet. Ich hege den Wunsch, daß sie bei ihrer Rückkehr von denselben Segnungen empfangen werden möge, doch bin ich davon nicht so überzeugt, als ich es zu sein wünschte. Von allen Seiten melde ich mir, daß die Gläubigen beängstigt sind, weil die Revolution noch nicht zufriedengestellt sei, ja, daß die Revolution bis nach Rom dringen und das italienische Banner auf dem Capitol aufspanzen wolle. Aber es ist bekannt, daß der tapfere Fels nahe dem Capitol liegt. Man hat einer hohen Person den Ausspruch in den Mund gelegt, Italien sei geschaffen, daß Werk sei aber noch nicht zu Ende. Ich aber sage, mit Italien ist es noch nicht zu Ende, weil es hier noch einen Fleck Landes gibt, auf welchem Gerechtigkeit und Vertrauen herrschen.“

Vor sechs Jahren fragte mich ein französischer Gesandter, was er

dem Kaiser in meinem Namen sagen solle. Als Antwort erzählte ich ihm eine kleine Geschichte, welche ich Euch wiederholen will: Als der heilige Augustin Bischof von Hippo war, wurde diese Stadt, die Euch bekannt sein wird, da sie jetzt Frankreich gehört, von einer Armee Barbaren belagert. In Voraussicht des nahenden Unheils und der Barbarei, welche die Eroberung der Stadt zur Folge haben mußte, rief der heilige Bischof aus: Mein Gott, lasse mich vor diesem furchtbaren Unglück sterben! Der ehrenwerte Gesandte, dem ich dies erzählte, entgegnete mir: Seien Sie unbeforgt, heiliger Vater, der Schuh Frankreichs wird die Barbaren fern halten. Später erklärte mir ein anderer Geschäftsträger, welcher gegenwärtig eine hohe Stellung einnimmt, Rom sei nicht dazu geschaffen, die Hauptstadt eines großen Staates zu werden, weil ihm alle erforderlichen Eigenschaften dazu abgingen, wohl aber eigne es sich in hohem Grade zum Sitz des katholischen Glaubens. Der Zukunft wird dies zeigen. Ich bin ruhig und ohne Furcht, ich vertraue auf den höchsten Beschützer und auf die Vorsehung. Wenn Sie Ihren Kaiser seien, den Kaiser der Franzosen, so sagen Sie ihm, daß ich täglich für ihn bete. Man sagt mir, daß er leidend ist: Ich bete zu Gott, daß Er ihm seine Gesundheit wiederschenke. Man sagt mir, daß er sorgenvoll ist: Ich bete zu Gott, daß Er ihm den Frieden der Seele lasse. Wisset aber, meine thurenen Kinder, daß das Oberhaupt Eurer großen Nation sich den Allerwirthslichsten König nennt. Wenn die Gebete, die ich für ihn zum Himmel richte, Erhöhung finden sollen, dann ist es auch nothwendig, daß er die seinen mit den meinen vereine.“

Telegraphische Course und Börse-Nachrichten.

Paris, 12. Dezbr., Nachm. 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 69, 70. Italien. 5proc. Rente 57, 65. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Aktion 406, 25. Credit-Mobilier-Aktion 586, 25. Lombard. Eisenbahn-Aktion 396, 25. Oesterl. Anl. von 1865 306, 25. Amerikaner 80%. Eröffnungscours 69, 65. Italiener fest. Consols 88%.

Wien, 12. Dezbr. (Abendbörse.) Creditactien 151, 60. Nordbahn 151, 20. 1860er Loos 81, 00. 1861er Loos 73, 50. Oesterl. Franz.-Staatsbahn 206, 10. Galizier —. Czernowitz 179, 00. Böhmis. Westbahn 157, 50. — Unbelebt und matt, besonders Nordbahn.

Hamburg, 12. Dezbr. Nachm. 2 Uhr 30 Min. Geschäftlos, Kond ohne Tendenz, Baluten behauptet. Schluß-Course: National-Anteile 51%. Oesterl. Credit-Aktion 56%. Oesterl. 1860er Loos 61%. Mexicaner 110%. Norddeutsche Bank 120%. Albinia-Kieler 139%, dito neue 132%. Finnlandische Anteile 81%. 1864er Russ. Brämen-Anteile 87%. 1866er Russ. Brämen-Anteile 81%. Spec. Verein. Staaten-Anteile pr. 1862 68%. Discount 3%.

Hamburg, 12. Dezbr. [Getreidemarkt] geschäftlos, Terningetreide behauptet. Weizen loco fest, pr. Debr. 5400 Pfd. netto 146 Bantopaler Br. 145% Old., pr. Frühjahr 141 Br. 140 Old. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 88 Br. 87 Old., pr. Frühjahr 88 Br. 87 Old. Getreide, geschäftlos, loco 25%, pr. Mai 27. Kaffee geschäftlos, fest. Binf 1000 Ctr. pr. Frühjahr zu 14 Mrt 8 Sch. 2000 Ctr. zu 14 Mrt 7 Sch. verkauf. Liverpool, 12. Dezbr. Mittags. Baumwolle: 15.000 Ballen Umsatz. Preise steigend. Middle American 14%, middling Orleans 14%, fair Dohlerab 11%, good middling fair Dohlerab 10%, middling Dohlerab 10%, Bengal 8, good fair Bengal 8%, Domra 11%.

Berliner Börse vom 12. Dezember 1866.

Fonds- und Gold-Course.	Eisenbahn-Aktien-Aktionen.
Fried. Staats-Ant. 1/2 98 1/2 B.	Dividende pro 1864 1865 Zt.
Staats-Ant. von 1860 5 103 1/2 bz.	1/2 97 1/2 bz.
dito 1850 52 4 58 bz.	1/2 105 1/2 bz.
dito 1853 44 89 hr.	1/2 106 1/2 bz.
dito 1854 41 85% bz.	1/2 107 1/2 bz.
dito 1855 41 88% bz.	1/2 108 1/2 bz.
dito 1856 41 88% bz.	1/2 109 1/2 bz.
dito 1857 41 88% bz.	1/2 110 1/2 bz.
dito 1858 41 88% bz.	1/2 111 1/2 bz.
dito 1859 41 88% bz.	1/2 112 1/2 bz.
dito 1860 41 88% bz.	1/2 113 1/2 bz.
dito 1861 41 88% bz.	1/2 114 1/2 bz.
dito 1862 41 88% bz.	1/2 115 1/2 bz.
dito 1863 41 88% bz.	1/2 116 1/2 bz.
dito 1864 41 88% bz.	1/2 117 1/2 bz.
dito 1865 41 88% bz.	1/2 118 1/2 bz.
dito 1866 41 88% bz.	1/2 119 1/2 bz.
dito 1867 41 88% bz.	1/2 120 1/2 bz.
dito 1868 41 88% bz.	1/2 121 1/2 bz.
dito 1869 41 88% bz.	1/2 122 1/2 bz.
dito 1870 41 88% bz.	1/2 123 1/2 bz.
dito 1871 41 88% bz.	1/2 124 1/2 bz.
dito 18	